

Protokoll

des Einwohnerrats Zofingen

Amtsperiode 2018–2021

3. Sitzung 2020

Datum	Montag, 19. Oktober 2020
Zeit	18.00 Uhr
Ort	Stadtsaal
Vorsitz Protokollführer	Barbara Willisegger, Ratspräsidentin Dr. Fabian Humbel, Stadtschreiber
Anwesend	37 Mitglieder des Einwohnerrats Dr. Mischa Berner (glp), Einwohnerrat Dr. Adrian Borer (glp), Einwohnerrat ⁵ Salome Fankhauser (SP), Einwohnerrätin Maja Freiermuth (FDP), Einwohnerrätin ⁴ Markus Gfeller (SVP), Einwohnerrat Stefan Giezendanner (SVP), Einwohnerrat Rudolf Günthardt (FDP), Einwohnerrat ⁴ Gian Guyer (Grüne/Alternative), Einwohnerrat Attila Gygax (glp), Einwohnerrat Daniel Gygax (FDP), Einwohnerrat Nathalie Gysin (glp), Einwohnerrätin Stéphanie Hagmann (DYM/CVP), Einwohnerrätin Viviane Hösli (SP), Einwohnerrätin Liliane Hofer (SP), Einwohnerrätin ^{4, 5} Dr. Tobias Hottiger (FDP), Einwohnerrat ⁵ Irma Jordi (DYM/CVP), Einwohnerrätin Marija Jurisic (Grüne/Alternative), Einwohnerrätin Thomas Keller (FDP), Einwohnerrat Dr. André Kirchhofer (FDP), Einwohnerrat Franziska Kremer (SP), Einwohnerrätin Nadia Kuhn (SVP), Einwohnerrätin Yvonne Lehmann (SP), Einwohnerrätin Raphael Lerch (SVP), Einwohnerrat ⁴ Oliver Maurer (DYM/EVP), Einwohnerrat Marco Negri (SVP), Einwohnerrat ⁴ Dr. Christian Nöthiger (SP), Einwohnerrat ²

Sandra Olar (SP), Einwohnerrätin (*ab Traktandum 5*)
René Schindler (SVP), Einwohnerrat
Claudia Schürch-Meder (DYM/EVP), Einwohnerrätin⁵
Yolanda Senn Ammann (Farbtupfer), Einwohnerrätin
Dr. Anders Sjöberg (glp), Einwohnerrat⁴
Pascal Stenz (FDP), Einwohnerrat³
Michael Wacker (SP), Einwohnerrat⁴
Moritz Weber (SVP), Einwohnerrat⁵
Robert Weishaupt (DYM/CVP), Einwohnerrat⁴
Barbara Willisegger (SVP), Einwohnerrätin¹
Martin Willisegger (SVP), Einwohnerrat

Entschuldigt

Matthias Hostettler (Grüne/Alternative), Einwohnerrat^{4, 5}
Christian Läubli (FDP), Einwohnerrat
Dr. Andrea Plüss-Bernhard (DYM/EVP), Einwohnerrätin³

Legende

¹Präsidentin
²Vizepräsident
³Stimmzähler/in
⁴Mitglied FGPK
⁵Fraktionspräsident/in

Verteiler

Mitglieder des Einwohnerrats
Mitglieder des Stadtrats

Publiziert am 10. November 2020 auf www.zofingen.ch.

Traktanden	Seite
1. Inpflichtnahme von Stéphanie Hagmann als neue Wohnerrätin	265
2. Mitteilungen	265
3. Abwasserbeseitigung GK 154 Abwasserbeseitigung – Bewilligung Verpflichtungskredit für die Erarbeitung eines Generellen Entwässerungsplans (GEP), 2. Generation, Perimeter Stadt	266
4. Verwaltungsorganisation GK 150 Bereich Soziales – Unbefristete Anpassung des Stellenetats um 140 %	268
5. Parlamentarische Vorstösse GK 152 Motion der Grünen betreffend Mehrweggeschirr an öffentlichen Anlässen vom 22. Juni 2020; Haltung des Stadtrats	269
GK 153 Überparteiliche Motion von Michael Wacker betreffend Revision BNO, Kulturobjekte vom 22. Juni 2020; Haltung des Stadtrats	271
GK 81 Motion von Irma Jordi (CVP) vom 22. Oktober 2018 betreffend neue Form der amtlichen Publikation für die Generation 70-Plus; Bericht und Antrag Stadtrat	272
GK 133 Interpellation der SP vom 25. November 2019 betreffend Untere Promenade; Beantwortung Stadtrat	273
6. Umfrage	273

Traktandum 1 – Begrüssung / Inpflichtnahme

Barbara Willisegger, Ratspräsidentin

Die Ratspräsidentin begrüsst alle Anwesenden zur heutigen Sitzung.

Die Präsidentin gratuliert den anlässlich der kantonalen Wahlen vom vergangenen Wochenende in den Grossen Rat gewählten Personen sowie Stadträtin Christiane Guyer zum erreichten sehr guten Wahlergebnis bei den Regierungsratswahlen.

Die Präsidentin erläutert den Ablauf im Rat in Bezug auf die geltenden Corona-Vorschriften.

Die zur Diskussion gestellte **Traktandenliste** wird ohne Änderungen **genehmigt**.

Es steht das Nachrücken von Stéphanie Hagmann (DYM/CVP) in den Einwohnerrat an. Die Präsidentin begrüsst Stéphanie Hagmann zu ihrer ersten Sitzung im Einwohnerrat. Sie folgt auf Erich Roth (DYM/CVP), welcher per 11. August 2020 aus dem Einwohnerrat ausgetreten ist.

Die Verabschiedung von Erich Roth hat die Einwohnerratspräsidentin bereits persönlich vorgenommen und die Präsente der Stadt Zofingen überreicht.

Stéphanie Hagmann wird aufgefordert, vor den Stadtrat zu treten. Die Gelübdeformel wird durch den Ratssekretär vorgelesen. Die Anwesenden werden gebeten, dazu aufzustehen.

Gemäss § 2 des Geschäftsreglements des Einwohnerrats wird die anwesende Stéphanie Hagmann von der Vorsitzenden mit folgendem Gelübde, welches vom Ratssekretär verlesen wird, in Pflicht genommen: "Ich gelobe, als Mitglied des Einwohnerrats die Ehre und die Wohlfahrt der Stadt Zofingen zu fördern und gemäss den Verfassungen und Gesetzen nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln."

Das Amtsgelübde wird von Stéphanie Hagmann durch Nachsprechen der Worte "Ich gelobe es" geleistet. Stéphanie Hagmann ist damit in Pflicht genommen und kann ihre Tätigkeit aufnehmen.

Traktandum 2 – Mitteilungen

Für die heutige Sitzung entschuldigt haben sich Andrea Plüss-Bernhard (DYM/EVP), Matthias Hostettler (Grüne/Alternative) und Christian Läubli (FDP). An Stelle von Andrea Plüss wird vom Büro als Stimmzählerin Irma Jordi eingesetzt. Sandra Olar trifft später ein.

Der Rat ist somit mit vorerst **36 Mitgliedern verhandlungsfähig**.

Das **Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 22. Juni 2020** wurde am 20. Juli 2020 verschickt. Die 10-tägige Frist für Änderungsbegehren lief am 30. Juli 2020 ab. Innerhalb der Frist sind zwei Änderungsbegehren eingegangen:

- Von ER Tobias Hottiger: Sein Votum auf Seite 241 wurde antragsgemäss durch das Ratsbüro wie folgt angepasst: "Die Schulpflege macht hier keinen guten Job" anstelle von "Die Schulpflege macht keinen guten Job".

- Dem Änderungsbegehren aus dem Ressort Soziales (Präzisierung einer Aussage) hat das Büro nicht zugestimmt. Die Aussage im Protokoll entspricht dem allgemein gehaltenen Votum im Rat.

Die an der letzten Einwohnerratssitzung gebildete Spezialkommission "Gemeindeordnung" hat bereits eine Sitzung abgehalten und zwei weitere sind bis Ende Jahr geplant. Die Kommission besteht aus nachfolgenden Personen: Markus Gfeller (SVP), Gian Guyer (Grüne/Alternative), Daniel Gygax (FDP), Nadia Kuhn (SVP), Sandra Olar (SP), Andrea Plüss (DYM/EVP, Vizepräsidentin), Anders Sjöberg (glp), Pascal Stenz (FDP) und Michael Wacker (SP, Präsident).

Folgender parlamentarischer Vorstoss ist neu eingegangen:

- Interpellation von Viviane Hösli (SP) und Mitunterzeichnenden zum Thema Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Lager Moria, Lesbos, Griechenland.

Anmerkung: Die Interpellation ist auf www.zofingen.ch abrufbar.

Traktandum 3 – Abwasserbeseitigung

GK 154

Abwasserbeseitigung – Bewilligung Verpflichtungskredit für die Erarbeitung eines Allgemeinen Entwässerungsplans (GEP), 2. Generation, Perimeter Stadt

Eintreten ist nicht bestritten.

Michael Wacker (SP), Referent FGPK

Die FGPK hat das Geschäft ohne grosse Begeisterung beraten. Man muss es einfach machen. Das Trennsystem und die Auswirkungen auf die erzo wurden kontrovers diskutiert. Ebenfalls wurde diskutiert, ob ein Spielraum bei dieser Planung besteht. Man kann das Geschäft zwar nach hinten verschieben, aufgrund der Erfahrungen des Hochwassers ist dies aber vermutlich nicht ideal. Diskutiert wurde auch die Verschiebung des Projekts Bärenhubel aus Kostengründen. Es nützt nichts, wenn jetzt ein Planungskredit bewilligt wird, aber dann die Umsetzung aus finanziellen Gründen nicht gemacht wird. Dennoch empfiehlt die FGPK das Geschäft einstimmig zur Annahme.

Attila Gygax, Fraktionsvotum (glp)

Das Geschäft wurde in der Fraktion, wie auch in der FGPK, kontrovers diskutiert. Die Fraktion unterstützt das Geschäft aber einstimmig. Beim GEP Mühlethal liest man zwischen den Zeilen, dass mit Mehrkosten zu rechnen ist. Hier wünscht die Fraktion mehr Aussagen. Die rechtliche Situation wird anerkannt. Die 2. Generation GEP ist richtig und wichtig und deshalb sind gute Planungsinstrumente erforderlich. Erfreut ist die Fraktion über den Schritt in die Digitalisierung. Inhaltlich wichtig ist das Ausscheiden der Versickerungsflächen. Spannend wird es, wenn man die Zahlen betrachtet (Kosten und Finanzierung). Diese sind plausibel. Ins Auge sticht der tiefe Preis für die Reinigung der Kontrollschächte. Am meisten diskutiert wurde bei den Kosten der Punkt 6 (Unvorhergesehenes und Rundung). Reserven sollten bei einem so klar kalkulierbaren Geschäft knapper bemessen werden. Die Erwartung der Fraktion ist, dass das Geschäft für weniger als CHF 1 Mio. abgerechnet werden wird, und dass die FGPK ein genaues Auge darauf hat. Auf einen Änderungsantrag verzichtet die Fraktion. Die Gebührenanpassung führte zu leerem Schlucken. Die Fraktion wird genau schauen, ob diese nötig sind. Unter dem Strich unterstützt die Fraktion das Geschäft.

Claudia Schürch, Fraktionsvotum (DYM)

Die Fraktion unterstützt das Geschäft geschlossen. Es ist nötig und es besteht für das GEP sehr wenig Handlungsspielraum für die Stadt.

Nadja Kuhn, Fraktionsvotum (SVP)

Die SVP-Fraktion stimmt dem Geschäft zu. Das Geschäft ist gesetzlich nötig. Die SVP hat den GEPs immer zugestimmt. Die Erhöhung der Abwassergebühren ist mit dem Budget 2021 bereits angekündigt, obschon die entsprechende Spezialfinanzierung noch über genügend Vermögen verfügt. Die SVP wird deshalb Gebührenerhöhungen solange ablehnen, bis das Vermögen aufgebraucht ist.

Tobias Hottiger, Fraktionsvotum (FDP)

Auch die FDP stimmt dem Geschäft zu. Die Argumente wurden bereits erläutert. Die Kosten führten zu leerem Schlucken, konnten aber vom Ressortvorsteher erklärt werden.

Gian Guyer, Fraktionsvotum (Grüne)

Auch die Grünen stimmen dem Geschäft zu. Der hohe Stellenwert der Ökologie hat die Fraktion sehr gefreut.

Franziska Kremer, Fraktionsvotum (SP)

Auch die SP war sich grossmehrheitlich einig, dem Geschäft zuzustimmen. Ein funktionierendes und gut unterhaltendes Abwassersystem gehört zu den Basisleistungen der öffentlichen Hand. Die Trennung von Schmutz- und Grauwasser muss weiterverfolgt werden.

Andreas Rüeegg, Stadtrat

Dieses Jahr sprechen wir nicht von der Genehmigung eines Entwässerungsprojekts, sondern um die Planung der Planung. Wir müssen die nächsten Jahre so planen, dass die wirtschaftlichen und ökologischen Aspekte sinnvoll berücksichtigt werden können. Beim Bärenhubel hätte die Stadt eine Leitung für das Trennsystem eingelegt, ohne dass es vermutlich gross einen Nutzen gegeben hätte. Die Grundeigentümer können nur bei grundlegenden Um- oder Neubauten zum Anschluss verpflichtet werden. Mit dem GEP 2 werden wir die gesetzlichen Grundlagen umsetzen können. Ich lasse mich gerne darauf behaften, dass wir das Geld sinnvoll einsetzen werden. Es kostet viel, dem ist sich der Stadtrat bewusst. Benchmarks sind schwierig, weil das Abwassersystem jeder Gemeinde anders ist. Im Vergleich zum GEP Mühlethal stimmt die Kostendimension für das GEP Zofingen ungefähr. Es wurden Reserven einkalkuliert und der Stadtrat setzt alles daran, günstiger abschliessen zu können. Die Kosten bezüglich GEP Mühlethal bewegen sich aktuell noch auf Zielkurs. Aus der Digitalisierung können aber eventuell Mehrkosten entstehen. Eine Gebührenerhöhung muss folgen, weil sehr grosse Projekte in der Pipeline sind und aus der Abwasserkasse finanziert werden sollen (u. a. Hochwasserschutz Wigger). Das Vermögen wird sehr schnell aufgebraucht sein. Im Investitionsplan sind die Projekte angezeigt. Gebühren auf Vorrat werden nicht erhoben, sondern sie werden genau begründet und entsprechend detailliert beantragt werden.

Das Wort wird nicht weiter verlangt.

Abstimmung

Für die Erarbeitung des Generellen Entwässerungsplans (GEP) der 2. Generation im Perimeter der Stadt Zofingen sei ein Verpflichtungskredit von CHF 1'077'000 (inkl. MWST), abzüglich Beiträge Dritter, zuzüglich allfälliger Teuerung, zu bewilligen.

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 34:0 Stimmen (ja/nein) bei 2 Enthaltungen zugestimmt.

Traktandum 4 – Verwaltungsorganisation

GK 150

Bereich Soziales – Unbefristete Anpassung des Stellenetats um 140 %

Eintreten ist nicht bestritten.

Robert Weishaupt (DYM/CVP), Referent FGPK

Die FGPK stellt dem Einwohnerrat den Antrag, die Beratung des Geschäfts auf die nächste Einwohnerratssitzung vom 23. November 2020 zu verschieben. Der Antrag wird wie folgt begründet:

Am 25. Juni 2020 hat die externe Prüfungsstelle Gruber und Partner, vertreten durch Andreas Güller, ihren Bericht zur Sachbereichsprüfung der Jahresrechnung 2020 im Bereich Soziales an den Stadtrat und an die FGPK erstellt. Dieser wurde am 10. Juli an unsere Kommission zugestellt. Bereits mit der Jahresrechnung 2017 wurde eine Prüfung des Bereichs Soziales durchgeführt. Danach wurde auf Grund verschiedenster unschöner Feststellungen entschieden, dass eine periodische Prüfung alle 18 bis 24 Monate stattfinden soll. Der Bereich Soziales hat im November 2018 eine neue Leiterin erhalten. Im Weiteren wurden die Führungsfunktionen Leiterin Geschäftsfeld Sozialhilfe im Juli 2019 und Leiterin Geschäftsfeld Administration im Februar 2019 neu besetzt. Daher hat man entschieden, mit der Prüfung auf Ende 2019 zuzuwarten. Diese ist nun, wie bekannt, durchgeführt worden. Dabei ist ein 9-seitiges Dokument, welches 16 verschiedene Feststellungen und dazugehörige Empfehlungen beinhaltet, entstanden.

Unter anderem wurde festgestellt, dass die Abklärungen über das Vorhandensein von Fahrzeugen nicht systematisch durchgeführt wurden, obwohl dies das Kantonale Sozialamt verlangt. Auch wurde nicht bei allen Fällen eine Abklärung von Verwandtenunterstützung durchgeführt. Rückerstattungen werden scheinbar nicht richtig bearbeitet – dies durch die vielen Fluktuationen im Personalbereich. Zu all diesen Sachverhalten hat Gruber und Partner immer eine Empfehlung abgegeben, wie z. B. "Die Leiterin GF SH sollte so bald als möglich so weit von Klientenarbeit entlastet werden, dass diese Vorgabe umgesetzt werden kann". Oder: "Es sei zu prüfen, ob die Inkassotätigkeit bei Zahlungsvereinbarungen oder Verfügungen über Rückerstattungen nicht an die Abteilung Finanzen übergeben werden kann. Inkassomassnahmen (Mahnungen, Betreibungen) gehören, im Gegensatz zum Bereich Soziales, zum Kerngeschäft der Abteilung Finanzen und könnten deshalb so effizienter abgewickelt werden.

Diesen Bericht haben wir an der Sitzung vom 26. August besprochen und haben dabei entschieden, dass Stadtrat Dominik Gresch als Ressortvorsteher und Cécile Wisler, Leiterin Bereich Soziales, an der nächsten FGPK-Sitzung Red und Antwort zu stehen haben. Das hätte an der Sitzung vom 24.

September stattfinden sollen. Da aber Frau Wisler in den Ferien weilte, bin ich zum Schluss gekommen, dieses Traktandum zu streichen, da es keinen Sinn macht, dieses Thema ohne die involvierten Personen zu besprechen. Die Kommission war dann etwas befremdet, dass dann am gleichen Abend noch eine Stellenerhöhung vorgeprüft werden sollte, und "nur", bitte nicht falsch und abwertend verstehen, die Stellvertretung an die Sitzung hätte kommen sollen. Ich persönlich hätte für dieses doch so wichtige Geschäft erwartet, dass auch die Bereichsleiterin anwesend ist.

Die FGPK möchte nun erst die Auswertung der Rechnungsprüfung im Bereich Soziales abschliessen, damit wir anschliessend eine hochwertigere Beurteilung und eine bessere Meinungsbildung zu GK 150 vornehmen können. Mit der Verschiebung des Traktandums gehen knappe 4 Wochen verloren. 4 Wochen, mit denen auch der Stadtrat leben kann. Ich hoffe der Einwohnerrat auch. Und so bitte ich euch, den Antrag der FGPK zu unterstützen und uns dadurch zu ermöglichen, für euch das Geschäft GK150, wie bereits erwähnt, viel besser beurteilen zu können. Vielen Dank.

Liliane Hofer, Fraktionsvotum (SP)

Die SP schliesst sich dem Antrag der FGPK einstimmig an. Es ist der Fraktion ein grosses Anliegen, mit der Bereichsleiterin Soziales die Strategie und die Ziele des Bereichs zu diskutieren. Nur so kann das Geschäft fundiert behandelt werden.

Moritz Weber, Fraktionsvotum (SVP)

Auch die SVP schliesst sich dem Antrag der FGPK einstimmig an.

Dominik Gresch, Stadtrat

Der Stadtrat ist mit der Verschiebung einverstanden. Es ist richtig, die Diskussion über den Revisionsbericht zu führen. Es wurde der FGPK jedoch angeboten, den Bericht im August zu besprechen, was aufgrund der Geschäftsplanung leider nicht möglich war. Aktuell wurden nur die negativen Punkte aus dem Bericht erwähnt. Es gibt aber eine positive Entwicklung, die aus den Zahlen ersichtlich sein wird. Es wird im Bereich ordentlich gearbeitet. Die nötige Unterstützung und die entsprechenden Ressourcen werden aber benötigt. Dem negativ vermittelndem Eindruck möchte er entgegenhalten.

Das Wort wird nicht weiter verlangt.

Abstimmung

Die Beratung von GK 150 soll auf die nächste Einwohnerratssitzung vom 23. November 2020 vertagt werden.

Dem Ordnungsantrag der FGPK auf Verschiebung des Geschäfts auf die Einwohnerratssitzung vom 23. November 2020 wird mit 34:0 Stimmen (ja/nein) bei 2 Enthaltungen zugestimmt.

Traktandum 5 – Parlamentarische Vorstösse

GK 152

Motion der Grünen betreffend Mehrweggeschirr an öffentlichen Anlässen vom 22. Juni 2020; Haltung des Stadtrats

Barbara Willisegger, Einwohnerratspräsidentin

Die Haltung des Stadtrats ist datiert vom 16. September 2020 und lautet:

Die Motion der Grünen betreffend Mehrweggeschirr an öffentlichen Anlässen vom 22. Juni 2020 sei in ein Postulat umzuwandeln und an den Stadtrat zu überweisen.

Gian Guyer, Einwohnerrat

Die Fraktion begrüsst die positive Haltung des Stadtrates dem Anliegen gegenüber. Grosse Anlässe in anderen Städten haben ein Mehrwegkonzept erfolgreich umgesetzt. Einwegbecher sind einfacher für die Veranstalter, aber kein Grund, nicht ein Mehrwegsystem einzuführen. Somit ist es richtig, dass Zofingen den Schritt der anderen Städte ebenfalls macht. Man ist überzeugt, dass die Veranstalter in Zofingen mit diesem Anstoss das Anliegen werden umsetzen können. Die Fraktion möchte am liebsten das Anliegen direkt umsetzen, respektiert aber, dass z. B. auch die Veranstalter einbezogen werden wollen. Sie ist mit der Umwandlung in ein Postulat entsprechend einverstanden.

Peter Siegrist, Stadtrat

Zwischen Mehrwegbecher und Mehrweggeschirr besteht ein grosser Unterschied. Mehrwegbecher sind heute gut gelöst. Für Mehrweggeschirr gibt es noch keine idealen Lösungen. So ist z. B. Melamin als Material krebserregend. Zur Umwelt gehört auch der Mensch, deshalb ist es wichtig, dass eine sorgfältige Lösung gesucht werden kann. Im Abfallreglement wird das Thema Prävention enthalten sein. Mehrweggeschirr an Anlässen ist nur ein Aspekt. Wir müssen eine ganzheitliche Lösung suchen.

Adrian Borer, Einwohnerrat

Es ist Zeit für eine angemessene Regelung nach dem verunglückten Versuch mit den Zofinger Bechern am Zapfenstreich. Die Fraktion begrüsst die Umwandlung in ein Postulat. Aus Gesprächen mit Veranstaltern hat die Fraktion Bereitschaft zur Mitarbeit gespürt. Der Stadtrat muss die Veranstalter mit an den Tisch nehmen, um sie einzubinden und in Pflicht zu nehmen. Wir zählen darauf, dass etwas Sinnvolles erarbeitet wird. Der Stadtrat hat erläutert, dass das Thema nicht einfach schwarz/weiss ist. Auch künftige Entwicklungen sollen berücksichtigt werden können. Die Umsetzung muss aber verhältnismässig sein. Ich habe auch künftig kein schlechtes Gewissen, wenn ich den Karton der Bratwurst nach dem Verzehr wegwerfe.

Yolanda Senn Ammann, Einwohnerrätin

Im Mail von Christoph Bill, welches heute noch kursiert ist, konnte sehr viel nachgelesen werden. Nur mit der Umwandlung in ein Postulat ist das Thema nicht erledigt. Die Veranstalter müssen mit einbezogen werden. Der Pilot der Zofinger Becher ist schon lange her. Was sollen daraus noch für Erkenntnisse gewonnen werden? Ich bin dafür, das Thema zurückzuweisen und dann eine sinnvolle Lösung zu finden.

Oliver Maurer, Einwohnerrat

Die Fraktion DYM unterstützt die Umwandlung in ein Postulat und unterstützt das Anliegen, die Veranstalter einzubinden. Die Fraktion zählt aber darauf, dass das Thema mit der Umwandlung nicht auf die lange Bank geschoben wird, sondern vor den nächsten Grossanlässen mit der Anpassung des Abfallreglements gerechnet werden kann.

Sandra Olar ist inzwischen eingetroffen. Es stimmen neu 37 Ratsmitglieder ab.

Abstimmung

Die Motion der Grünen betreffend Mehrweggeschirr an öffentlichen Anlässen vom 22. Juni 2020 sei in ein Postulat umzuwandeln und an den Stadtrat zu überweisen.

Dem Antrag wird mit 23:12 Stimmen (ja/nein) bei 2 Enthaltungen zugestimmt.

GK 153

Überparteiliche Motion von Michael Wacker betreffend Revision BNO, Kulturobjekte vom 22. Juni 2020; Haltung des Stadtrats

Barbara Willisegger, Einwohnerratspräsidentin

Die Motion wurde von rund 100 Einwohnerinnen und Einwohnern mitunterzeichnet. Die Haltung des Stadtrats ist datiert vom 2. September 2020 und lautet:

Die überparteiliche Motion von Michael Wacker betreffend Revision BNO, Kulturobjekte, vom 22. Juni 2020 sei in ein Postulat umzuwandeln und an den Stadtrat zu überweisen.

Michael Wacker, Einwohnerrat

Die Motion wäre für die Mai-Sitzung als dringlich angedacht gewesen. Der nächste Gedanke war, eine dringliche Motion an der Juni-Sitzung einzureichen, was aus zeitlichen Gründen nicht gemacht wurde. Die Motion wurde nebst 16 Einwohnerräten auch von ca. 130 Einwohnenden der Stadt unterzeichnet und beinhaltet den Schutz der Kulturobjekte. Die Forderung wurde praktisch 1:1 von der BNO der Stadt Aarau abgeschrieben. Der Stadtrat ist bereit, die Motion als Postulat entgegenzunehmen. Er schreibt, dass 1995 insgesamt 47 Gebäude im Inventar vorhanden waren. Heute ist es mit Sicherheit eines weniger, der Stadthof. Auch bei einem anderen Objekt konnte trotz Schutz abgebrochen werden. Im 2009 waren viele Grundeigentümer nicht einverstanden mit einer Unterschutzstellung ihrer Objekte. 2012 wollte man das Thema möglichst schnell anpacken, im Jahr 2016 waren im Budget CHF 150'000 eingestellt, die später aus Machbarkeitsgründen gestrichen wurden. Im März 2019 hat der Stadtammann gesagt, man wolle das Thema im zweiten Paket der BNO-Revision anpacken. Nun ist es lediglich noch vierte Priorität. Im Jahresbericht 2019 steht, dass das zweite Paket die kommunalen Schutzobjekte beinhalten soll. Ich kann nicht nachvollziehen, warum der Stadtrat das Geschäft seit Jahren als Teil des Pflichtenhefts sieht und nun sich ein Postulat zu diesem Thema überweisen lassen will. Aus diesem Grund halte ich an der Motion fest. Es ist höchste Zeit, das Thema, nebst der IVHB und des Gewässerschutzes, nun anzupacken. Bezüglich nicht vorhandener Probleme sei auf die Ringier-Villa hingewiesen, wo im Frühjahr eine Anlage nachhaltig zerstört wurde.

Hans-Ruedi Hottiger, Stadttammann

Der Stadtrat will diese Thematik umsetzen. Aber nicht sofort und anders als in der Motion festgehalten. Deshalb möchte er den Vorstoss als Postulat entgegennehmen. Bisher gab es kaum Probleme mit schützenswerten Objekten. Die Altstadt ist integral geschützt, es gab nie Probleme, die auf Ebene Einwohnerrat diskutiert werden mussten. Mit der alternativen Schutzkonzeption kann das Thema besser angegangen werden, als mit der klassischen Methode, mit der man schon auf grosse Widerstände stiess. Es ist zudem aus Ressourcensicht im Ermessen des Stadtrates, die Themen zu priorisieren. Wir müssen die Ressourcen, wie das der Einwohnerrat immer fordert, auf die dringenden Themen, wie z. B. die Immobilienstrategie und das erste Paket, welches noch nicht abgeschlossen ist, konzentrieren. Die Beurteilung der Situation ist beim Stadtrat und beim Motionär unterschiedlich. Die Situation bei der Ringier-Villa konnte nicht verhindert werden. Inzwischen ist die Situation auf einem guten Weg. Befremdend ist, dass Grundeigentümer, welche sich noch vor 8 Jahren mit Hand und Fuss gegen eine Inventarisierung gewehrt hatten, nun genau das bei der Ringier-Villa fordern. Wenn wir mit dem gleichen Ansatz wieder kommen, werden unglaublich viele Ressourcen für geringe Ergebnisse verbraucht. Polemik bezüglich Schutzobjekten ist nicht angezeigt. Deshalb möchte der Stadtrat den Vorstoss als Postulat entgegennehmen.

Rudolf Günthardt, Einwohnerrat

Ich weiss, von was bei Schutzobjekten die Rede ist. Es geht nicht an, dass der Staat einfach über privates Grundeigentum befiehlt. Das funktioniert nur in Zusammenarbeit mit den Grundeigentümern. In Zofingen ist auch ausserhalb der Altstadt schon einiges geschützt. Wer mit offenen Augen durch die Stadt geht, sieht auch von Privaten unterhaltene Bauten, ohne Unterschutzstellung. Man kann nicht von einem schlechten Beispiel auf das Gesamte schliessen. Darum bitte ich, die Motion abzulehnen.

Michael Wacker hält an seiner Motion fest.

Abstimmung

Die überparteiliche Motion von Michael Wacker betreffend Revision BNO, Kulturobjekte, vom 22. Juni 2020 sei an den Stadtrat zu überweisen.

Die Motion von Michael Wacker und Mitunterzeichnenden betreffend Revision BNO, Kulturobjekte, wird mit 14:22 Stimmen (ja/nein) bei 1 Enthaltung nicht an den Stadtrat überwiesen.

GK 81

Motion von Irma Jordi (CVP) vom 22. Oktober 2018 betreffend neue Form der amtlichen Publikation für die Generation 70-Plus; Bericht und Antrag Stadtrat

Barbara Willisegger, Einwohnerratspräsidentin

An der Einwohnerratssitzung vom 18. März 2019 wurde diese Motion als erheblich erklärt und entgegen dem Antrag des Stadtrats überwiesen. Der Bericht und Antrag des Stadtrats ist datiert vom 1. Juli 2020 und lautet:

Vom Bericht des Stadtrats zur Motion von Irma Jordi (DYM/CVP) sei Kenntnis zu nehmen.

Irma Jordi, Einwohnerrätin

Wir haben es mit einem typischen Rohrkrepiere zu tun. Nachdem der Stadtrat zu einer vernünftigen Lösung aufgefordert wurde, passierte nicht viel. Man hat den Vorstoss so interpretiert, dass die Vollkosten überwältigt werden müssen. Dem ist nicht so. Man hätte auch kreative Lösungen suchen können. Ich habe mehr als nur eine einzige Rückmeldung bekommen. In der Alterskommission hat man das Thema nicht traktandiert oder protokolliert. Ich gehe davon aus, dass wenn der Stadtrat eine Umfrage macht, wird sich niemand melden, weil das Angebot zu teuer ist. Ich nehme die Antwort des Stadtrats entsprechend nicht zur Kenntnis. Mehr bleibt mir nicht übrig.

Rahela Syed, Stadträtin

Der Vorwurf der Un-Kreativität wird akzeptiert. Hingegen hat der Einwohnerrat zweimal das entsprechende Budget abgelehnt. In der Alterskommission wurde das Thema diskutiert, es gab keine weiteren Wortmeldungen. Das Angebot mag zu teuer sein, ja. Es ist der Selbstkostenpreis. Das Thema ist aber nicht abgeschlossen und wird weiterverfolgt (kreativer).

Abstimmung

Vom Bericht des Stadtrats zur Motion von Irma Jordi (DYM/CVP) sei Kenntnis zu nehmen.

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 16:11 Stimmen (ja/nein) bei 10 Enthaltungen zugestimmt.

GK 133

Interpellation der SP vom 25. November 2019 betreffend Untere Promenade; Beantwortung Stadtrat

Barbara Willisegger, Einwohnerratspräsidentin

Die Beantwortung des Stadtrats ist datiert vom 9. September 2020.

Michael Wacker, Einwohnerrat

Der Interpellant dankt dem Stadtrat für die schlüssige Antwort, auch wenn sie inhaltlich nicht vollständig geteilt wird. Der Stadtrat hatte beim Ochsen-Saal eine andere Haltung bezüglich Tolerierung und Legalisierung. Dort wurde ein nicht legaler Zustand nicht toleriert. Dankbar ist er aber für die Antwort 4, dass die Nutzung im Rahmen der Überbauung Untere Vorstadt geklärt werden soll.

Traktandum 6 – Umfrage

Hinweis der Protokollführung

An der Einwohnerratssitzung wurden zuerst alle Fragen gestellt und danach folgten die Beantwortungen durch den Stadtrat. Aus Gründen der Übersichtlichkeit folgt im Protokoll die jeweilige Beantwortung gleich nach der Frage.

Stefan Giezendanner, Einwohnerrat

Beim Seniorenzentrum gibt es eine Gebührenpflicht für die Parkplätze ab der ersten Minute. Ist sich der Stadtrat dessen bewusst?

Andreas Rügger, Stadtrat

Das ist dem Stadtrat bewusst. Die Gebühren werden aufgrund des Parkierungsreglements festgelegt. Ausserhalb der Altstadt gilt die Gebührenpflicht immer ab der ersten Minute.

Yolanda Senn Ammann, Einwohnerrätin

Jedes Jahr gibt es Leserbriefe der Kantonsschule, dieses Jahr zur Unterführung Strengelbacherstrasse bezüglich Sicherheit und Platzverhältnisse. Bereits 2018 wurde diesbezüglich aufmerksam gemacht. Es braucht keine Antwort, sondern es soll etwas gemacht werden an der gefährlichen Situation.

Andreas Rügger, Stadtrat

Das Thema ist bekannt. Die Unterführung gehört dem Kanton, wir sind Bittsteller. Baulich kann man grundsätzlich nichts mehr ändern. Betrieblich kann die Signalisierung angepasst werden, was bereits erfolgt ist. Die Repol macht Kontrollen und dem Kanton wurde die Installation von Spiegeln vorgeschlagen. Mehr kann die Stadt nicht machen. Sie ist lediglich teilweise im Unterhalt involviert. Wir werden aber weiterhin vorstellig werden.

Rudolf Günthardt, Einwohnerrat

Ich komme wieder mit den Leuchtreklamen in der Altstadt. Es gibt ein paar bestehende schöne alte Reklamen – wohl mit Bestandesgarantie – und neue mit LED, welche den Plan Lumiere stören. Diese seien geduldet bis ein Stadtratsentscheid vorliegt. Hat der Stadtrat Kenntnis davon und bis wann ist damit zu rechnen?

Hans-Martin Plüss, Vizeammann

Mir ist nicht bekannt, dass bezüglich dieser Leuchtreklame ein Verfahren läuft. Dies wird abgeklärt und an der nächsten Sitzung beantwortet.

Irma Jordi, Einwohnerrätin

Wir haben gewichtige Personalabgänge zu verzeichnen. Das kostet viel Geld. Wie kann der Fluktuation entgegengewirkt werden?

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtamann

In der Tat haben wir im Kaderbereich zwei schmerzhaft Abgänge. Grundsätzlich sind wir auf der Kaderebene stabil. Es kann aber in der heutigen Zeit nicht mehr erwartet werden, dass die Kaderleute bis zur Pension bleiben. Die beiden Abgänge sind individueller, auch privater Natur. Nichts desto trotz hat auch der Stadtrat sich bereits Gedanken gemacht und wird sich noch weiter Gedanken machen. Es geht um den Rekrutierungsprozess und die Frage, ob es noch richtig ist, dass der Gesamtstadtrat über Kandidierende auf der Kaderebene entscheidet, oder das jeweils gebildete Evaluationsgremium dies in Zukunft tun soll.

Pascal Stenz, Einwohnerrat

Wann wird bargeldloses Bezahlen bei Parkuhren generell möglich sein? Mit welchen Methoden?

Andreas Rügger, Stadtrat

Der Stadtrat hat beschlossen, das System umzustellen und neue Automaten anzuschaffen. Das System erlaubt die Bezahlung mit Kreditkarte und Apps (u. a. TWINT, parkingpay). Die ersten Automaten sollten noch dieses Jahr installiert werden. Das System wird anschliessend laufend auf dem Stadtgebiet eingeführt. Das System ist kundenfreundlicher (Erfassung des Kennzeichens anstelle der Parkplatznummer) und die Kontrolle wird einfacher sein.

René Schindler, Einwohnerrat

Corona beherrscht uns. Am Kinderfest und am 1. August hat man nicht gross Fahnen in der Stadt gesehen. Wie sieht das mit der Weihnachtsbeleuchtung und nächstes Jahr mit Beflaggung aus?

Peter Siegrist, Stadtrat

Bezüglich Kinderfest wird 2021 die Situation wieder angeschaut. Die Weihnachtsbeleuchtung war ursprünglich eine Aktion des Gewerbevereins, später wurde dies dem Werkhof übergeben. Die aktuelle Umfrage bezüglich Beteiligung des Gewerbes zeigt rückläufiges Interesse. Der Ball liegt grundsätzlich bei den Gewerbetreibenden. Sicher wird wieder der Weihnachtsbaum stehen.

André Kirchhofer, Einwohnerrat

Findet es der Stadtrat korrekt und legal, dass der Parkplatz an der Unteren Brühlstrasse für beliebige Zwecke missbraucht wird? Z. B. für den Umlad eines Schiffscontainers voller Matratzen?

Christiane Guyer, Stadtrat

Der Hinweis wird aufgenommen, insbesondere im Zusammenhang mit den Kontrollen.

Barbara Willisegger, Ratspräsidentin

Die Präsidentin bedankt sich für die konstruktiven Diskussionen, weist auf die nächste Einwohnerratssitzung vom 23. November 2020 hin und schliesst die Sitzung um 19.35 Uhr.

Zofingen, 4. November 2020

EINWOHNERRAT ZOFINGEN



Barbara Willisegger
Ratspräsidentin



Dr. Fabian Humbel
Protokollführer